

## Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

### **Afrika darf nicht zu einem vergessenen Kontinent werden**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit kaum einer anderen Weltregion wird deutsche Entwicklungspolitik in der Öffentlichkeit so eng verknüpft wie mit Afrika südlich der Sahara. Mit einem Anteil von ca. 30 Prozent an den ODA-Nettoauszahlungen der letzten Jahre und einem mittlerweile in Richtung 40 Mrd. DM tendierenden Gesamtvolumen seit Beginn der Zusammenarbeit bilden die Länder Afrikas südlich der Sahara quantitativ immer noch einen Schwerpunkt deutscher Entwicklungszusammenarbeit.

In Afrika südlich der Sahara hat der weltweite Strukturwandel seit Beginn der 90er eine tiefgreifende Reformdynamik ausgelöst, die die Länder der Region heute in ihren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen differenziert wie nie zuvor.

Die politische Entwicklung der beiden politischen Regionalmächte Südafrika und Nigeria, in denen rund ein Viertel der Bevölkerung Afrikas südlich der Sahara lebt und die rund 45 Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften, ist durch eine Trendwende zum Positiven gekennzeichnet. Südafrika hat einen beeindruckenden innenpolitischen Demokratisierungs- und Versöhnungsprozess in Gang gesetzt, ohne den ein dauerhaftes friedliches Zusammenleben von Tätern und Opfern der Apartheid nicht denkbar ist. Nigerias neue Regierung hat nennenswerte Schritte zur Konsolidierung der Demokratie und zur Eindämmung der weit verbreiteten Korruption unternommen und scheint damit einen verheissungsvollen Aufbruch dieses an Bodenschätzen reichen, aber über Jahrzehnte von einer kleinen Machtclique ausgebeuteten Landes eingeläutet zu haben. Auch andere Staaten wie Benin, Mali, Malawi, Burkina Faso, Ghana, Tansania oder Senegal können auf eine in jüngeren Jahren friedliche oder zumindest politisch stabile Vergangenheit zurückblicken.

Hinzu kommt, dass in Ländern wie Mosambik oder Namibia langjährige Kriege zu Ende gingen und vielversprechende Wiederaufbaumaßnahmen eingeleitet wurden.

Diesen erfreulichen Entwicklungen stehen leider eine Reihe bedenklicher Konflikte und Krisenherde gegenüber. Im Sudan und in Somalia herrscht weiterhin Bürgerkrieg. Der gewaltsame Grenzkonflikt zwischen Äthiopien und Eritrea ist nach dem vielversprechenden Aufbruch beider Staaten besonders bedrückend. In anderen Staaten wie z. B. Sierra Leone oder Liberia schwelen Bürgerkriege

und Verteilungskämpfe um wertvolle Bodenschätze weiter. Um einen Waffenstillstand in der Demokratischen Republik Kongo wird gegenwärtig gerungen, die Region der Großen Seen ist insbesondere angesichts der instabilen Lage in Ruanda und Burundi nach wie vor jedoch eine Krisenregion. Besonders schmerzhaft ist die Entwicklung in Angola, wo die Kämpfe zwischen der Regierung und der UNITA nicht zur Ruhe kommen.

Die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den Regionen Afrikas südlich der Sahara sind nicht minder groß. Die Hälfte der dortigen Bevölkerung lebt in Armut. Nur rund 45 Prozent der Einwohner haben Zugang zu sauberem Trinkwasser, gut die Hälfte aller Erwachsenen gelten als Analphabeten. Allerdings verdecken die Gesamtzahlen erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sowie manchmal auch innerhalb bestimmter Länder. So liegt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen von Südafrika oder Namibia bei 3 130 bzw. 2 250 US-\$, während das von Tansania oder Mosambik nur 170 bzw. 90 US-\$ beträgt. In Südafrika erhalten die „oberen“ 10 Prozent der Bevölkerung nahezu 50 Prozent des Gesamteinkommens, während die „unteren“ Einkommensgruppen kaum über dem Niveau eines Nachbarlandes wie Mosambik liegen. Haben 99 Prozent der städtischen Bevölkerung Simbabwe Zugang zu sauberem Trinkwasser, gilt dies nur für 17 Prozent der ländlichen Bevölkerung des Tschad. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt in Sierra Leone bei 40, in Südafrika bei 64 Jahren.

Insgesamt haben sich gerade auch wegen massiver Unterstützung von multi- und bilateraler Geberseite erhebliche Entwicklungsfortschritte in der Bilanz der Situation Afrikas am Ende der 90er Jahre eingestellt:

In 40 Staaten laufen politische Reformprogramme, 31 Staaten arbeiten an der Umsetzung wirtschaftlicher Strukturanpassungen und Reformen des öffentlichen Sektors sowie der Umweltpolitik. Zahlreiche Staaten haben wichtige makroökonomische Weichenstellungen wie z. B. Wechselkursfreigaben, eine konsequente fiskal- und finanzpolitische Stabilitätspolitik und sonstige Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen in Angriff genommen.

Viele Staaten verzeichnen bemerkenswerte Exportsteigerungen und ein deutliches Wirtschaftswachstum mit realen Wachstumsraten von 4 bis 6 Prozent, Mosambik zuletzt sogar 10 Prozent.

Wichtige Sozialindikatoren zeigen eine ermutigende Tendenz. Die Kindersterblichkeit ging innerhalb der vergangenen 30 Jahre von 165 pro 1000 auf 97 pro 1000 zurück. Innerhalb von 10 Jahren stieg der Bevölkerungsanteil mit Zugang zu unbedenklichem Trinkwasser von 25 auf 45 Prozent, die Alphabetisierungsrate von 17 auf 47 Prozent und die Einschulungsquote von 25 auf 50 Prozent an.

Erfreulich ist schließlich, dass die Staaten südlich der Sahara ihre politischen und wirtschaftlichen Integrationsbemühungen auf zwischenstaatlicher Ebene intensivieren. Jüngstes Beispiel hierfür ist trotz aller damit noch verbundener handelspolitischer Divergenzen die Wiederbelebung der Ostafrikanischen Gemeinschaft EAC zwischen Kenia, Tansania und Uganda. Mehr oder minder erfolgreiche politische Ansätze zur friedlichen Konfliktbereinigung oder wirtschaftlichen Integration existieren bereits im Rahmen der Organisation für afrikanische Einheit OAU, der ostafrikanischen Intergovernmental Authority on Development IGAD, der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten ECOWAS, der westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion UEMOA sowie der südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft SADC.

Auf multilateraler Ebene ist zudem die bislang vielversprechend verlaufene Reformierung der Afrikanischen Entwicklungsbank zu erwähnen.

Dennoch ist nicht zu übersehen, dass die angestrebten Entwicklungsziele bislang in den Ländern Afrikas südlich der Sahara nicht im erhofften Umfang erreicht wurden, ja die Armut und Instabilität vielerorts sogar gestiegen ist.

Hierfür lassen sich zunächst externe Faktoren verantwortlich machen, die begründet liegen unter anderem in Naturkatastrophen und wiederkehrenden Dürren, sich tendenziell verschlechternden Terms of Trade besonders für unverarbeitete Rohstoffe, ungleichen internationalen Handelsbedingungen wie z. B. einem eingeschränkten Zugang zu Exportmärkten in Industrieländern oder einer Beeinträchtigung der Exportchancen durch Konkurrenz eigener Produkte mit subventionierten Erzeugnissen anderer Weltmarktteilnehmer, hoher Auslandsverschuldung oder hohen Energiepreisen. Afrika südlich der Sahara dürfte aktuell sogar die einzige Region der Erde sein, die bisher aus der Globalisierung der Weltwirtschaft kaum Nutzen gezogen hat.

Die Hauptursachen hierfür dürften allerdings bei den negativen internen Rahmenbedingungen der Länder Afrikas südlich der Sahara zu suchen sein. Denn Entwicklungsbemühungen können nur dann nachhaltig wirksam sein, wenn das Partnerland sich reformwillig zeigt und entwicklungsfördernde Rahmenbedingungen schafft. Die folgende Aufzählung entwicklungs- und wachstumshemmender interner Probleme umschreibt leider immer noch die Situation in einer Vielzahl von Ländern südlich der Sahara: wenig gefestigte Staatswesen, oft geprägt durch Rechtsunsicherheit; Menschenrechtsverletzungen sowohl von staatlicher Seite wie auch insbesondere in Bürgerkriegssituationen von allen beteiligten Gruppierungen; Unterdrückung von ethnischen und religiösen Minderheiten; schwache politische Institutionen auf nationaler Ebene und eine starke Einflussnahme der Sicherheitskräfte; mangelnder politischer Wille der Regierungen und oberen sozialen Schichten zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen und notwendiger Strukturanpassung; eine wenig entwicklungsorientierte Regierungsführung mit hohen Militärausgaben, bürokratischem Filz, Misswirtschaft und Korruption; entwicklungshemmende soziokulturelle bzw. ethnische Strukturen; einseitig rohstoff-exportorientierte, häufig planwirtschaftliche Wirtschaftsstrukturen; noch immer schwache regionale Integration und Limitierung der nationalen Wirtschaftspolitiken auf den eigenen kleinen Binnenmarkt, gekoppelt mit hoher Importabhängigkeit; hohes Bevölkerungswachstum; niedriges Bildungs- und Ausbildungsniveau; gravierende ökologische Probleme, die zunehmend Lebens- und Produktionsgrundlagen bedrohen, sowie nicht zuletzt zahlreiche Bürgerkriege und zwischenstaatliche Konflikte mit dem weltweit höchsten Flüchtlingsaufkommen. Der letztgenannte Faktor dürfte der gravierendste Bremsklotz Afrikas südlich der Sahara auf dem Weg zu mehr Entwicklung, Wirtschaftswachstum und Wohlstand sein. Äthiopien, Eritrea, Sudan, Angola, Somalia, Sierra Leone, Ruanda, Burundi oder die Demokratische Republik Kongo sind nur einige der vielen Länder Afrikas südlich der Sahara, die auch gegenwärtig noch unter Bürgerkriegen oder zwischenstaatlichen Konflikten von teilweise unglaublicher Grausamkeit und unvorstellbaren Elendsausmaßen zu leiden haben. Kriegerische Auseinandersetzungen blockieren in vielen dieser Staaten nicht nur jedwede Aussicht auf nachhaltige und stabile politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Äthiopien und Eritrea mögen als „Musterbeispiele“ im negativen Sinne dafür dienen, dass hierdurch auch bereits verwirklichte, erfolgversprechende Entwicklungsansätze und erste sichtbare Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung im Handumdrehen zunichte gemacht werden können.

Das Faktum, dass in Afrika inzwischen mehr Menschen an Aids als durch Bürgerkriege sterben, verweist auf die noch gravierendere Bedrohung der Entwicklung und Bevölkerung Afrikas südlich der Sahara durch die Immunschwächekrankheit Aids. Von den weltweit etwa 33,6 Millionen Infizierten leben rund 70

Prozent in den Ländern Afrikas südlich der Sahara. Dort hat Aids bereits heute zu einer Senkung der statistischen Lebenserwartung um 10 Jahre geführt und es wird erwartet, dass sie im nächsten Jahrzehnt um weitere 10 Jahre zurückgeht. In einigen dieser Länder wird jeder fünfte bis jeder vierte Erwachsene in den nächsten Jahren an Aids sterben. Aids wird viele Staaten Afrikas südlich der Sahara in ihrer Entwicklung um Jahrzehnte zurückwerfen. Die Länder mit den höchsten Aids-Raten verlieren zunehmend ihre gut ausgebildeten Arbeitskräfte. Viele dortige Firmen sehen sich bereits mit dem Ableben jedes dritten oder gar zweiten Angestellten wegen Aids konfrontiert. Die mittlerweile rund 10 Millionen Aids-Waisen Subsahara-Afrikas stellen dessen bislang größte soziale Katastrophe dar. Diese bedürfen dringender Hilfe, da immer mehr der für das soziale Leben Subsahara-Afrikas so wichtigen Familienverbände aufgebrochen werden und die daraus resultierende soziale Desintegration der Waisen dazu führt, dass immer mehr von ihnen von Vernachlässigung und Ausbeutung bedroht sind und sich oft als Straßenkinder durchschlagen müssen.

Eine weitere wichtige Entwicklungsproblematik Afrikas südlich der Sahara liegt im Umweltsektor. Neben Amazonien und Südostasien existiert in Zentral- und Westafrika die dritte bedeutende Tropenwaldzone unserer Erde. Die fragilen afrikanischen Ökosysteme, die in besonderem Maße von der Erhaltung der tropischen Regenwälder abhängig sind, sind bedroht durch Brandrodung, Erosion, Holzeinschlag und sonstige Übernutzung. Der verhängnisvolle Kreislauf zwischen Überbevölkerung, Armut und Überlastung der Umwelt wirkt sich hier besonders gravierend aus. Verschlimmert wird diese Situation durch ein ungebremstes Voranschreiten von Wüstenbildung und Trockenheit in Afrika südlich der Sahara, dem am stärksten von diesem Naturphänomen betroffenen Erdteil, das immer mehr Menschen die Lebensgrundlage raubt. Eng hiermit verbunden ist die in manchen Regionen prekäre Situation der Trinkwasserversorgung. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser gehört zu den grundlegenden Voraussetzungen für ein gesundes menschliches Wohlbefinden. Daher muss bedenklich stimmen, dass z. B. in der Sahel-Zone bereits bis zu 50 Prozent des Flusswassers, in Einzelfällen sogar mehr, zum menschlichen Verbrauch und zur Bewässerung verbraucht werden. 50 Prozent gelten nicht nur als ökologisch kritischer Grenzwert, man befürchtet auch das Entstehen neuer gewaltsamer Konflikte durch eine drohende Trinkwasserknappheit.

Die zunehmende Reformorientierung Subsahara-Afrikas gründet sich auf einen wachsenden Bewusstseinswandel der politisch Verantwortlichen. Mehr und mehr afrikanische Regierungen und Entscheidungsträger bekennen sich zu ihrer Eigenverantwortung für Entwicklung, der Wille zur Selbsthilfe wächst. In den Reformländern wird die Rolle des Staates zunehmend in der Verantwortung für verlässliche interne Rahmenbedingungen gesehen, die Freiraum für Privatinitiative schaffen und privatwirtschaftliches Handeln unterstützen sollen. Die Bedingungen für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie sind damit in einer Reihe von Ländern deutlich günstiger geworden.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die Bundesregierung, diese Selbsthilfebemühungen auch weiterhin wirksam zu unterstützen und hierbei ein besonderes Schwergewicht auf die Stärkung der Zivilgesellschaft durch direkte Förderung von Privatwirtschaft, dezentraler Verwaltungsstrukturen und Nichtregierungsorganisationen zu legen.

Staaten, die sich den drängenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reform- und Anpassungsnotwendigkeiten bislang nicht oder nicht entschlossen genug geöffnet haben, müssen gerade von Seite der multi- und bilateralen Geber weiter dazu angehalten werden.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die Bundesregierung, im Zusammenwirken mit den anderen multi- und bilateralen Gebern auf verstärkte Reformbemü-

hungen in diesen Ländern hinzuwirken und diesen zu verdeutlichen, dass ohne eine entsprechende Reformpolitik kaum Möglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung bestehen.

Diejenigen Länder, deren staatliche Strukturen sich gegenwärtig in einem Auflösungsprozess befinden oder die von gewaltsamen Konflikten betroffen sind, erfüllen gegenwärtig nicht die Voraussetzungen für eine erfolgreiche entwicklungspolitische Zusammenarbeit.

Der Deutsche Bundestag appelliert jedoch an die Bundesregierung, die humanitären Notsituationen von teilweise unvorstellbarem Elend mit humanitären Hilfsmaßnahmen lindern zu helfen und einen effektiven Beitrag zur Beilegung der zahlreichen gewaltsamen Konflikte mit politischen Mitteln zu leisten.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf:

1. neben Ost-Timor oder Kosovo nicht die zahlreichen humanitären Krisen in Afrika südlich der Sahara zu vergessen, die von ihren Ausmaßen her um ein Vielfaches größer sind (allein im Sudan-Bürgerkrieg geht man von ca. 4 Millionen Flüchtlingen und über 1,5 Millionen Todesopfern aus), und dort humanitäre Hilfsmaßnahmen auf einem für Deutschland als wohlhabender Industrienation angemessenen Niveau zu verwirklichen;
2. für die Fortführung der Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern Afrikas südlich der Sahara zumindest auf dem bisherigen Niveau die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen und hierfür schnellstmöglich die Kürzungen der Finanzmittel für dortige entwicklungspolitische Maßnahmen zurückzunehmen;
3. die reformbereiten Länder Afrikas südlich der Sahara bei der Herstellung entwicklungsförderlicher interner Rahmenbedingungen zu unterstützen;
4. mit den Ländern Afrikas südlich der Sahara zusammenzuarbeiten bei dem Aufbau und der Konsolidierung demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen unter Einbeziehung der jeweiligen regionalen und nationalen Sondersituation;
5. in den Ländern Afrikas südlich der Sahara insbesondere durch technische Beratung und gezielten Einsatz der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG den Übergang zu einem System sozialer Marktwirtschaft, kombiniert mit Deregulierungen und Privatisierungen sowie eingekleidet in eine stabile und vorhersehbare Wirtschaftspolitik, zu fördern;
6. verstärkt in Afrika südlich der Sahara Projekte in Verbindung mit Regierungsberatern zur Förderung der Menschenrechte, des Demokratisierungsprozesses, des Aufbaus einer funktionierenden Zivilgesellschaft, der Errichtung einer Sozialordnung und zum Auf- und Ausbau stabiler Finanz-, Rechts- und Justizsysteme sowie Verwaltungsstrukturen durchzuführen;
7. bei der Durchsetzung eines besseren Schutzes der Menschen- und Bürgerrechte in den Ländern Afrikas südlich der Sahara gerade auch durch Stärkung afrikanischer Menschenrechtsorganisationen zu helfen;
8. in Kooperation mit den politischen Stiftungen sowie der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) und Carl-Duisberg-Gesellschaft e. V. (CDG) vermehrt Programme zu entwickeln, die in Partnerländern Afrikas südlich der Sahara Kompetenz, Verantwortungsbewusstsein und Vorbildfunktion der politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsträger vergrößern;
9. die Länder Afrikas südlich der Sahara beim Ausbau innerafrikanischer Wirtschaftsbeziehungen (Süd-Süd-Handel) zu unterstützen;

10. die Länder Afrikas südlich der Sahara bei ihren regionalen politischen und wirtschaftlichen Integrationsbemühungen zu unterstützen;
11. der Bewältigung gravierender afrikanischer Entwicklungsprobleme wie z. B. dem Bevölkerungswachstum, der Aids-Problematik oder der Umwelt, Desertifikations- und Wasserproblematik einen herausragenden Stellenwert in der Entwicklungszusammenarbeit einzuräumen und die in diesen Sektoren gekürzten Entwicklungsgelder wieder zu erhöhen;
12. zur besseren Integration der Länder Afrikas südlich der Sahara in die sich globalisierende Weltwirtschaft die dortigen Wirtschaftsstandortbedingungen durch entwicklungspolitische Schwerpunktbildung bei der Bildung, Gesundheit, Partizipation und der Unterstützung unternehmerischen Handelns insbesondere der Klein- und Mittelindustrie einschließlich der Kleinstunternehmer zu verbessern;
13. die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit wie bisher an den zu Beginn der 90er Jahre aufgestellten Vergabekriterien auszurichten;
14. sich für eine sanktionsbewehrte Verankerung insbesondere des Prinzips der „guten Regierungsführung“ nach Maßgabe der Vergabekriterien auf EU- und multilateraler Ebene einzusetzen und hierfür als ersten Ansatz die Ankündigung der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu verwirklichen, dieses Prinzip unter Verknüpfung mit der Sanktionsmöglichkeit der Suspendierung der Entwicklungszusammenarbeit bei Nichterfüllung in das LOMÉ-Nachfolgeabkommen aufzunehmen;
15. im Rahmen der 1999 neugefassten HIPC-Entschuldungsinitiative, deren Begünstigtenkreis überwiegend aus Ländern Afrikas südlich der Sahara besteht, bei der Entscheidung über Schuldenerleichterungen auf die Festlegung und Einhaltung einer angemessenen Konditionalität unter Einbeziehung des Entscheidungskriteriums der „guten Regierungsführung“ und unter Beteiligung der Akteure der Zivilgesellschaft zu achten;
16. zusammen mit den EU-Partner-Staaten über die in den LOMÉ-Abkommen festgelegte europäische Entwicklungszusammenarbeit hinaus eine gemeinsame europäische Strategie gegenüber den Ländern Afrikas südlich der Sahara im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu entwerfen und zu verwirklichen;
17. sich angemessen auf bi-, supra- und multilateraler Ebene an den politischen Initiativen zur Beilegung der mannigfachen Krisen und Konflikte in Afrika südlich der Sahara zu beteiligen, z. B. durch Initiierung einer gemeinsamen EU-Strategie zur Förderung des Friedensprozesses im Sudan, durch eine adäquate personelle Beteiligung an der UN Military Liaison Officers-Beobachtermission im Rahmen der Umsetzung des Lusaka-Waffenstillstandsabkommens vom Juli 1999 zur Beendigung des Kongo-Konfliktes oder durch Erhöhung der finanziellen Unterstützung für die Joint Military Commission unter dem Dach des eben genannten Waffenstillstandsabkommens;
18. durch bilaterale Entwicklungszusammenarbeit zur Bewältigung von Konflikten beizutragen mittels bewährter krisenvorbeugender Programme und Projekte aus der Mitte der 90er Jahre wie z. B. dem Programm Mali-Nord oder ähnlich ausgerichteten Projekten in Kenia, Äthiopien und Ruanda;
19. sich weder diplomatisch noch entwicklungspolitisch aus den Ländern Afrikas südlich der Sahara zurückzuziehen;

Berlin, den 25. Januar 2000

**Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion**

## Begründung

Trotz der großen Bedeutung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit für die Länder Afrikas südlich der Sahara und der vielen erfolgversprechenden Entwicklungs- und Wachstumsansätze gerade des letzten Jahrzehnts hat die Bundesregierung ihr politisches und finanzielles Engagement für Afrika südlich der Sahara in jüngster Zeit bedenklich reduziert.

Aufrufe zur Beteiligung Deutschlands an der Bewältigung gefährlicher innerafrikanischer Konfliktlagen wie z. B. des Kongo-Krieges auf politischer Ebene verhallen ungehört. Ohne Rücksicht auf entwicklungs- und sonstige politische Implikationen wurde die Schließung deutscher diplomatischer Vertretungen und auswärtiger Kultureinrichtungen vor allem in Afrika südlich der Sahara verfügt.

Auf derselben Linie liegt die Entscheidung der Bundesregierung, für den Entwicklungshaushalt im Verlauf der nächsten vier Jahre einen geradezu rasanten Abwärtstrend einzuläuten. Bereits im Haushaltsjahr 2000 sollen knapp 700 Mio. DM, also ca. 8,7 Prozent des Vorjahreshaushalts eingespart werden. Diese missliche Lage verschärft sich dadurch, dass trotz aller gegenteiliger Verlautbarungen die Bundesregierung in Südost-Europa einen neuen regionalen Entwicklungsschwerpunkt auf Kosten der teilweise weitaus bedürftigeren Länder des südlichen Afrikas gesetzt hat. Während finanzielle Unterstützung in Milliardenhöhe in den Kosovo mit einer Einwohnerzahl, die kaum die von Hamburg erreichen dürfte, fließt, leben 650 Millionen Afrikaner unter teilweise unglaublichen Armutsbedingungen.

Völlig unverständlich ist daher, dass die Bundesregierung ihre Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern Afrikas südlich der Sahara für das Jahr 2000 nochmals um 20 Prozent kürzt und hierbei entwicklungspolitische Sektoren von prioritärer Bedeutung für Afrika südlich der Sahara überproportional zusammenstreicht. So werden trotz der immensen Aids-Problematik die Finanzmittel für Maßnahmen im Bereich des Gesundheitswesens fast halbiert sowie Maßnahmen zur Familienplanung und Bevölkerungspolitik fast auf ein Drittel des Vorjahresstandes heruntergefahren. Der Bereich des Umwelt- und Ressourcenschutzes wird um ca. 25 Prozent reduziert, der Tropenwaldschutz um immer noch 10 Prozent gekürzt.

Zudem hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angekündigt, die Zahl der Länder, mit denen Deutschland entwicklungspolitisch auf bilateraler Ebene zusammenarbeitet, erheblich zu reduzieren. Es ist zu erwarten, dass hiervon eine besonders hohe Zahl von Ländern Afrikas südlich der Sahara betroffen sein dürfte.

Diese fragwürdige entwicklungspolitische Schwerpunktsetzung der Bundesregierung hat bereits dazu geführt, dass afrikanische Staatsführer wie der nigerianische Präsident Obasanjo ein immer stärker abnehmendes Interesse der Bundesregierung an Afrika beklagen.

